

**NULL TOLERANZ
FÜR NAZIS**



VIEL ERREICHT – VIEL ZU TUN

Sieben-Punkte-Programm zur Weiterentwicklung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“

11. FEBRUAR 2013

1. **LANDESPROGRAMM „WELTOFFENES SACHSEN“** weiterentwickeln: Haushaltstitel zusammenführen und von 3,8 auf 5 Millionen Euro aufstocken. „Feuerwehrtopf“ mit 25.000 Euro einrichten. Schwerpunkt „Interkulturelle Bildung“ ergänzen.
2. **EXTREMISMUSKLAUSEL** abschaffen.
3. **BÜROKRATIE** abbauen.
4. **LANDESWEITE PROJEKTE** institutionell fördern und flächendeckend **NETZWERKSTELLEN** aufbauen.
5. **„SACHSEN-MONITOR“** zur Entwicklung politischer Einstellungen einführen.
6. **DEMOKRATIEENTWICKLUNGSPROGRAMM** auflegen.
7. **PRÄVENTIONSARBEIT** in Schulen und Jugendhilfe stärken.

SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.spd-fraktion-sachsen.de



Henning Homann , MdB
Sprecher für demokratische Kultur und bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
henning.homann@slt.sachsen.de

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung muss das gemeinsame Anliegen aller Demokratinnen und Demokraten sein. Voraussetzung dafür ist eine offene und ehrliche Situationsbeschreibung: Sachsen hat ein Problem mit Neonazis und mit rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung. In vielen Städten und Gemeinden hat entschlossenes Engagement zu einer deutlichen Verbesserung der Situation geführt. In anderen Regionen gibt es noch immer dominant auftretende Neonazigruppierungen, die unsere Demokratie herausfordern.

Seit 2005 werden in Sachsen Initiativen gegen Rechtsextremismus über das Programm „Weltoffenes Sachsen“ (WOS) gefördert. Bereits seit 2001 arbeiten die Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus, die aus Mitteln des Bundes und des Landes finanziert werden. Sachsen verfügt über eine deutschlandweit einmalige Initiativen- und Projektlandschaft. Gemeinsam haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht. Die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds sowie aktuelle Forschungsergebnisse (FES: Die Mitte im Umbruch) zeigen aber, es bleibt viel zu tun.

Zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte stehen in Sachsen jedoch seit dem schwarz-gelben Regierungswechsel zunehmend unter Druck. Durch die Demokratieklausele und die von der CDU intensivierte Extremismusdebatte wird die Arbeit der Initiativen und Projekte zunehmend delegitimiert, indem sie unter einen Generalverdacht gestellt werden.

Das Programm Weltoffenes Sachsen reicht zur Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Projekte nicht aus. Im Jahr 2011 wurden Anträge im Gesamtvolumen von 4,63 Millionen Euro gestellt. Es konnten aber nur Anträge in Höhe von 1,99 Millionen Euro bewilligt werden (2010: 1,7 von 4,1 Millionen Euro).

Zunehmend stellen auch Kommunen oder von kommunalen Stellen initiierte Projekte Anträge im Rahmen des Förderprogramms „Weltoffenes Sachsen“. Diese an sich begrüßenswerte Entwicklung verschärft den Konkurrenzdruck um die Mittel im Landesprogramm und erhöht die Gefahr, dass zivilgesellschaftliche Vereine aus der Förderung herausfallen und ihre Arbeit nicht fortsetzen können.

Die Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus sind seit Jahren unterfinanziert. Die Hauptursache dafür liegt insbesondere in den fehlenden Mitteln des Freistaats. Zunehmende Planungsunsicherheiten sind die Folge.

Die politische Auseinandersetzung mit Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung in Sachsen bleibt zu oft zu oberflächlich. Vor dem Hintergrund der Bedrohung durch Neonazis geraten die Alltagserfahrungen von Betroffenen und die politischen Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte zu oft aus dem Fokus. Diese Erfahrungen und die Offenheit staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen gegenüber Vielfalt müssen zukünftig stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.

1. NEUE VERTRAUENS BASIS ZWISCHEN STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT

Eine freiheitliche Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. In einem Staat ohne Zivilgesellschaft können demokratische Prinzipien ebenso wenig verwirklicht werden, wie durch eine Zivilgesellschaft ohne staatliche Partner. Die Bekämpfung menschenfeindlicher Einstellungen setzt deshalb sowohl eine aktive Zivilgesellschaft als auch aktives staatliches Handeln voraus. Deren Verhältnis kann und darf nicht unkritisch zu einander sein. Eine funktionierende Demokratie braucht eine kritische Zivilgesellschaft, deren Anerkennung und Förderung auch durch die kritische Auseinandersetzung mit staatlichem Handeln nicht in Frage gestellt werden darf.

Die Einführung der Extremismusklausel hat das Vertrauen vieler Engagierter in den Initiativen und Vereinen nachhaltig beeinträchtigt. Ohne sachliche Rechtfertigung stellt die Klausel demokratisches Engagement unter einen pauschalen Extremismusverdacht. Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihres demokratischen Engagements oftmals dem Druck neonazistischer Strukturen ausgesetzt sind, brauchen die entschiedene Unterstützung staatlicher Institutionen. Die sogenannte Demokratieerklärung muss daher abgeschafft werden, um die Arbeit der Initiativen nicht weiter zu behindern und die Vertrauensbasis zwischen Staat und Zivilgesellschaft wieder zu stärken.

Die neue Vertrauensbasis wollen wir durch eine Stärkung der Mitsprache im Programm „Weltoffenes Sachsen“ verankern. Der Übergang in den Landespräventionsrat hat sich gegenüber dem früheren Programmbeirat als nachteilhaft erwiesen. Will wollen einen neuen Programmbeirat in dem durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft eine bessere strategische Ausrichtung der Förderung möglich wird.

2. WEITERENTWICKLUNG DES LANDESPROGRAMMS „WELTOFFENES SACHSEN“

Das 2005 auf Initiative der sächsischen SPD eingeführte Landesprogramm Weltoffenes Sachsen hat sich bewährt. Dies zeigen die erfolgreich arbeitenden Initiativen ebenso wie die im Rahmen des Programms durchgeführten Projektevaluationen. Als richtig hat sich auch die Schwerpunktsetzung der Förderung auf zivilgesellschaftliche und staatsunabhängige Vereine und Initiativen erwiesen. Dieser Fokus soll bei der Weiterentwicklung des WOS beibehalten und mit jährlich 2 Millionen Euro weiter gestärkt werden. Die Zivilgesellschaft muss im Mittelpunkt des Landesprogramms stehen. Ergänzt werden sollte das Programm um einen „Feuerwehrtopf“ in Höhe von 25.000 Euro, in dessen Rahmen kurzfristig Mittel bei besonderen Problemlagen bereitgestellt werden können.

Inhaltlich wollen wir das WOS um einen Förderschwerpunkt „Interkulturelle Bildung und inklusive Gesellschaft“ erweitern. Für diese Förderrichtlinie sollen zusätzlich 250.000 Euro aus dem Gesamtvolumen des Programms Weltoffenes Sachsen zur Verfügung gestellt werden, welche für interkulturelle Projekte und Antidiskriminierungsarbeit zur Verfügung stehen.

Die Ausführungsbestimmungen für das Landesprogramm haben zunehmend zu einer überbordenden Bürokratie geführt. Die Regierung Tillich macht es so aber gerade kleinen, v.a. ehrenamtlichen Initiativen immer schwerer, Gelder zu beantragen. Dabei wollen wir gerade auch ehrenamtliche und kleine Initiativen ermuntern, sich am Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu beteiligen. Zusammen mit Initiativen soll das Regelwerk des Programms deshalb nach Möglichkeiten des Bürokratieabbaus durchforstet werden. Ehrenamtlich arbeitenden kleineren Initiativen soll es wieder leichter gemacht werden, Gelder zu beantragen; die großen Initiativen sollen sich noch stärker auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können.

3. STRUKTURPROJEKTE AUSBAUEN UND AUSFINANZIEREN

Wichtiger Eckpfeiler der zivilgesellschaftlichen Initiativen-Landschaft in Sachsen sind die Strukturprojekte. Neben den Mobilien Beratungsteams (Kulturbüro Sachsen) und den Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter Gewalt (RAA-Sachsen) sollte das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) als landesweit tätiges Bildungsstrukturprojekt anerkannt

und institutionell gefördert werden. Die landesweiten Strukturen dieser Projekte bieten mit ihren Beratungs- und Bildungsdienstleistungen eine unerlässliche Hilfe für kommunale Stellen, Schulen, Jugendeinrichtungen und Betroffene, aber auch für kleinere Initiativen vor Ort. Ihre Arbeit soll deshalb in Zukunft endlich ausreichend finanziert werden. Eine Erhöhung der zur Verfügung gestellten Mittel ist allein schon aufgrund der angestrebten und teilweise bereits erreichten höheren Sensibilisierung für Rechtsextremismus und Diskriminierung notwendig, weil mit ihr ein erhöhter Beratungsbedarf einhergeht, der mit den bestehenden Strukturen nicht bedarfsgerecht gedeckt werden kann. Wir begrüßen, dass in einem ersten Schritt die Einführung eines eigenen Haushaltstitels für die Beratungsnetzwerke vorgesehen ist. Diesen wollen wir bedarfsgerecht mit 1,15 Millionen Euro pro Jahr ausstatten.

Die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungsmustern und extrem rechten Strukturen findet vor allem vor Ort statt. Deshalb müssen neben den landesweiten Strukturprojekten die Vernetzungsstrukturen auf Landkreisebene gestärkt werden. Dazu soll in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine unabhängige Netzwerkstelle eingerichtet werden, die Aktivitäten lokaler Initiativen und Projekte unterstützt und koordiniert.

4. WISSENSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN – SACHSEN-MONITOR EINRICHTEN

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, menschenfeindlichen Einstellungen und Diskriminierung muss sich auf verlässliche wissenschaftliche Daten gründen. Wir wollen deshalb nach dem Vorbild von Thüringen und Sachsen-Anhalt einen „Sachsen-Monitor“ einführen, der die Entwicklung politischer Einstellungen in Bezug auf antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungsmuster in Sachsen erhebt. Bei der Entwicklung der Forschungsfragen sollen zivilgesellschaftliche Expertinnen und Experten hinzugezogen werden und zur Gewährleistung der Unabhängigkeit die Umsetzung an eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung vergeben werden. Neben einem landesweiten Überblick sollte eine regionalspezifische Auswertung der Daten möglich sein.

Die Weiterentwicklung des WOS muss zudem mit einer Neuausrichtung in Bezug auf den wissenschaftlichen und theoretischen Hintergrund des Programms einhergehen. Die Ausrichtung an der Extremismustheorie hat in der Vergangenheit erhebliche Probleme bei der Umsetzung der Programminhalte generiert

und wird von einem Großteil der im Rahmen des Förderprogramms arbeitenden Initiativen als nicht praktikabel und kontraproduktiv abgelehnt. Wir wollen das WOS stärker am Ansatz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ausrichten, um neben der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einen größeren Umfang bestehender Problemlagen in den Fokus des Programms zu nehmen und deren gezielte Bearbeitung zu ermöglichen.

5. SACHSEN BRAUCHT EIN GANZHEITLICHES DEMOKRATIE-ENTWICKLUNGSPROGRAMM

Wirksame Maßnahmen zur Demokratieförderung und zur Bekämpfung diskriminierender Einstellungsmuster können nicht isoliert nebeneinander stehen. Um sie zu koordinieren und zielgerichtet aufeinander abzustimmen, brauchen wir in Sachsen ein ganzheitliches Demokratieentwicklungsprogramm, welches die Einzelmaßnahmen verknüpft und in eine Gesamtstrategie einbindet.

Ein sächsisches Demokratieentwicklungsprogramm muss gesellschaftliche und staatliche Institutionen in den Blickpunkt nehmen und auf den Ausbau demokratischer Prinzipien und die Akzeptanz und Förderung von Vielfalt innerhalb von Vereinen, Verbänden und staatlichen Stellen abzielen. Die Erfahrungen und das über Jahre erarbeitete Know-how sächsischer Demokratieinitiativen können bei der Konzeptionierung eines Demokratieentwicklungsprogramms ebenso einbezogen werden wie die Ergebnisse des Sachsen-Monitors. Zivilgesellschaftliche Akteure wollen wir in den Erarbeitungsprozess deshalb ebenso einbinden, wie Vertreter und Vertreterinnen aus der Wissenschaft.

6. FINANZIELLE AUSSTATTUNG LANGFRISTIG SICHERN

Die finanzielle Ausstattung der Arbeit zur Demokratieförderung muss langfristig gesichert werden, um die notwendige Kontinuität in diesem Bereich abzusichern und Planungssicherheit zu gewährleisten. Die dafür vorgesehenen Haushaltstitel beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (2013: 550.000 Euro für die Beratungsnetzwerke) und beim Sächsischen Staatsministerium des Innern (2013: 3,26 Millionen Euro für das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen) wollen wir im Programm Weltoffenes Sachsen zusammenführen, um Bürokratie abzubauen und eine abgestimmte Strategie zu erleichtern.

Angesichts des offensichtlichen Förderbedarfs plädiert die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag für eine Aufstockung des Gesamtvolumens des Programms „Weltoffenes Sachsen“ auf 5 Millionen Euro pro Jahr. In der Praxis hat sich insbesondere für kleinere Träger die Finanzierung des Eigenmittelanteils in Höhe von 10 Prozent als schwer oder nicht überwindbare Hürde herausgestellt. Wir möchten deshalb den Eigenmittelanteil für zivilgesellschaftliche Initiativen auf 5 Prozent reduzieren. Um den bewährten Fokus des Programms auf die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen fortzuführen, ist zudem eine Begrenzung des Fördermittelzugriffs durch kommunale Gebietskörperschaften auf 335.000 Euro (2012: 300.000 Euro) vom Gesamtvolumen des WOS sinnvoll. Eine Verstaatlichung der Zivilgesellschaft ist ebenso zu vermeiden wie eine Abkopplung von Zivilgesellschaft und Kommunen. Für Kommunen soll ein Eigenanteil von mindestens 25 Prozent gelten, um die Verantwortlichkeit kommunaler Strukturen zu stärken

Für maßgebliche Strukturprojekte und Netzwerkstellen sollen mehrjährige Förderungen möglich werden.

7. STÄRKUNG DER PRÄVENTIONSARBEIT

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Einstellungen bleibt eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die nicht allein in speziellen Programmen zu leisten ist. Sowohl die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Die Mitte im Umbruch“ als auch die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Gewalt- und Konfliktforschung belegen einen Zusammenhang zwischen sozialen Ausgrenzungs- und Spaltungsprozessen auf der einen und rechtsextremen Einstellungs- und Verhaltensmustern auf der anderen Seite.

Wer Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen will, darf sich deshalb nicht nur auf extrem rechte Strukturen und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen konzentrieren, sondern muss die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, nach gleichen Teilhabechancen aller Menschen und einem gerechten Bildungssystem stellen.

Unmittelbarer Handlungsbedarf besteht in Sachsen dabei beim Ausbau der Präventionsarbeit in Schulen und insbesondere in der Jugendhilfe. Dies umfasst für uns sowohl eine Stärkung der Präventionsarbeit innerhalb der Jugendarbeit, als auch den Ausbau der Jugendhilfe selbst. Aus weißen Flecken in Jugendhilfe und Prävention werden sonst schnell braune Flecken.

AUSGABENSTRUKTUR DES PROGRAMMS „WELTOFFENEN SACHSEN“ IM VERGLEICH

	CDU/FDP	SPD-VORSCHLAG	BEMERKUNG
FÖRDERUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT			
Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort	1.890.000 EUR	2.000.000 EUR	Die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte soll im Mittelpunkt des WOS stehen.
Förderung landesweiter Strukturprojekte (KB/RAA/NDC)	550.000 EUR (I.d.R durch 150.000 Euro aus dem Topf Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen ergänzt)	1.150.000 EUR	Die Strukturprojekte waren schon in den vergangenen Jahren nicht ausfinanziert. Durch die Ergänzung der Strukturprojekte durch das NDC ergibt sich ein höhere Finanzbedarf
Netzwerkstellen	0 EUR	650.000 EUR	Eine Netzwerkstelle (Personal + Verwaltungskosten) pro Landkreis und Kreisfreier Stadt à 50.000 Euro.
Feuerwehrtopf	0 EUR	25.000 EUR	Adhoc zuteilbare Projektmittel für den Fall von kurzfristigen lokalen Entwicklungen.
FÖRDERUNG VON INITIATIVEN DER KOMMUNEN			
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	600.000 EUR	335.000 EUR	Z.B. Lokale Aktionspläne. Moderater Anstieg im Vergleich zu 2012 (300.000 Euro) statt Verdopplung. Die Kommunen müssen durch höhere Eigenanteile stärker in die Pflicht genommen werden.
INTERKULTURALITÄT UND INKLUSION			
Förderung "Interkulturelle Bildung und inklusive Gesellschaft"	0 EUR	250.000 EUR	Interkulturelle und inklusive Bildungs-, Beratungs- und Beteiligungsprojekte sind aktuell nicht über das WOS förderbar, aber ein wichtiger Baustein um langfristig rassistischen und menschenverachtende Einstellungsmuster entgegenzuwirken.

AUSSTEIGERPROGRAMM

Landesweites Aussteigerprogramm	260.000 EUR	260.000 EUR	Sollte unvermindert fortgesetzt werden.
---------------------------------	--------------------	--------------------	---

WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG

Wissenschaftliche Begleitung und Beratung	330.000 EUR	0 EUR	Eine Programmevaluation macht nur dann Sinn, wenn es vorher eine genaue Situationsanalyse für Sachsen gibt. Denkbar ist im Wechsel einen Sachsen-Monitor und eine Programmevaluation zu erstellen.
Sachsen-Monitor/ Programmevaluation	0 EUR	200.000 EUR	

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT/VERWALTUNG

Ressortübergreifende Öffentlichkeitsarbeit	100.000 EUR	50.000 EUR	Die beste Öffentlichkeitsarbeit ist ein funktionierendes WOS-Programm und der Rückgang von menschenfeindlichen Einstellungen in Sachsen.
Ausgaben für Maßnahmen staatlicher Träger	80.000 EUR	80.000 EUR	

INSGESAMT

3.810.000 EUR	5.000.000 EUR	Nach einer Programmin- ternen Umschichtung sind Mehrausgaben in Höhe von 1.190.000 Euro notwendig.
----------------------	----------------------	---